

법적 관점에서 본 독일 통일

인쇄/1999년 2월 12일

발행/1999년 2월 20일

발행처/민족통일연구원

발행인/양영식

편집인/기획조정실 연구기획부

등록/제2-2361호(97.4.23)

(142-076) 서울특별시 강북구 수유6동 535-353

전화(대표)900-4300 (직통)901-2521 팩시밀리 901-2541

© 민족통일연구원, 1999

민족통일연구원에서 발간한 간행물은

전국 대형서점에서 구입하실 수 있습니다.

(구입문의) 한국경제서적 : 737-7498

ISBN 89-87509-54-0

2,500원

역술회의총서 98-06

법적 관점에서 본 독일 통일

Rechtliche Aspekte der
deutschen Wiedervereinigung

민족통일연구원·프리드리히 에베르트 재단 공동주최
학술회의('98.9.4) 발표논문집

민족통일연구원

○본 자료는 민족통일연구원과 프리드리히 에베르트재단 공동 주최 학술회의('98. 9. 4)내용을 정리한 것입니다.

○본 자료에 수록된 내용은 민족통일연구원의 공식 견해가 아님을 밝혀둡니다.

Rechtliche Aspekte der deutschen Wiedervereinigung

Prof. Dr. Jutta Limbach
(Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts)

- Inhalt -

I. Reprivatisierung in Ostdeutschland	3
1. Einführung	3
2. Die Regelung offener Vermögensfragen	4
II. Elitenwechsel	7
1. Rahmenbedingungen	7
2. Prüfkriterien	8
3. Überprüfung der politischen Zuverlässigkeit	10
4. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	11
5. Wortlaut der Kündigungsbestimmungen aus Anlage I Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 Absätze 4 (Auszug) und 5:	12
III. Regierungskriminalität	18
IV. Unvorbereitet vor neuen Aufgaben?	20

빈 면

I. Reprivatisierung in Ostdeutschland

1. Einführung

Die Privatrechtsordnungen der beiden deutschen Staaten waren grundlegend verschieden. In der DDR stand das sozialistische Eigentum (vor allem in Form des Volkseigentums) im Mittelpunkt, Privateigentum hatte nur eine untergeordnete Bedeutung. Neben das Volleigentum am Grund und Boden trat nach dem DDR-ZGB das dingliche Nutzungsrecht für Bürger durch staatliche Verleihung oder Zuweisung. Hinzu kam eine - wie sich erst später zeigte - teilweise erhebliche Differenz zwischen Rechtslage und Rechtswirklichkeit. Es gab z.B. eine Vielzahl von nur faktischen Nutzungsverhältnissen.

Im Zuge der Wiedervereinigung war zunächst erwogen worden, die Privatrechtssysteme beider Staaten für eine Übergangszeit fortbestehen zu lassen und sie nur langsam anzugleichen. Bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag(EV) sah man dies aber bald als nicht praktikabel an. Man vereinbarte daher, daß das BGB grundsätzlich auch im Beitrittsgebiet gelten sollte. Es wurden zahlreiche Anpassungsvorschriften in das EGBGB eingebaut. Im Prozeß der Rechtsangleichung und der Transformation des

Vermögensrechts in Ostdeutschland ergaben sich Schwierigkeiten, über die man sich in den ersten Monaten der Wiedervereinigung keine Vorstellungen gemacht hatte und deren Umfang sich erst in den folgenden Jahren erschloß.

2. Die Regelung offener Vermögensfragen

In Ostdeutschland war es in der sowjetischen Besatzungszeit und nach Gründung der DDR zu einer umfassenden Verstaatlichung privaten Vermögens gekommen. Viele Enteignungen waren gegen geringe oder gar keine Entschädigung erfolgt. Der gesamtdeutsche Gesetzgeber war der Auffassung, daß viele dieser Eingriffe der Korrektur bedürften. Es standen zwei Wege zur Verfügung: entweder die Rückübertragung der entzogenen Vermögenswerte oder die grundsätzliche Beibehaltung des bestehenden Zustandes und die Entschädigung derjenigen, die infolge sogenannten Teilungsunrechts Verluste erlitten hatten. Die Entscheidung zwischen den beiden Alternativen gehörte zu den schwierigsten und umstrittensten Fragen der Wiedervereinigung. Man traf die Grundsatzentscheidung "Rückgabe vor Entschädigung" früh in einer gemeinsamen Erklärung der beiden Regierungen am 15. Juni 1990. Am 23. Sept 1990 erließ die Volkskammer dann das Gesetz zur

Regelung offener Vermögensfragen (VermG), das in Bundesrecht überführt wurde und - nach mehreren Novellierungen - auch heute die gesetzliche Regelung offener Vermögensfragen darstellt.

Nach dem VermG sind Vermögenswerte grundsätzlich zurückzuübertragen.

- wenn das Vermögen ohne oder gegen eine geringere Entschädigung, als sie für DDR-Bürger vorgesehen war, enteignet wurde,
- in bestimmten Fällen des ökonomischen Zwangs (z.B. bei Alteigentümern von Mietshäusern, die wegen der nur geringen Mieten in der DDR die Unterhaltungskosten nicht mehr tragen konnten),
- bei Erwerb auf Grund unlauterer Machenschaften, z.B. durch Machtmißbrauch, Korruption, Nötigung oder Täuschung von seiten des Erwerbers, staatlicher Stellen oder Dritter (klassisches Beispiel: Zwangsverkauf bei Ausreise), sowie
- in einer Reihe weiterer Konstellationen.

Die Grundsatzentscheidung "Rückgabe vor Entschädigung" ist deshalb brisant, weil auf vielen der vom VermG betroffenen Grundstücke Bürger der DDR in Übereinstimmung mit den eigenen Behörden und im guten Glauben an die Beständigkeit ihres

Erwerbs zum Teil über Jahrzehnte hinweg erhebliche Investitionen vorgenommen haben. Nötig war deshalb eine Interessenabwägung zwischen Alteigentümern und Nutzern. Die Restitution wurde deshalb bei sozialer Unverträglichkeit ausgeschlossen. Dieser Tatbestand ist erfüllt, wenn an dem Vermögensgegenstand nach dem 8. 5. 1945 Eigentum oder ein dingliches Nutzungsrecht redlich erworben wurde, insbesondere wenn ein Bürger der DDR auf dem Grundstück auf der Grundlage eines staatlich verliehenen Nutzungsrechts ein Eigenheim errichtet hat und hieran nach dem DDR-ZGB Gebäudeeigentum erlangt hat. Der Grundeigentümer ist dann auf eine Entschädigung verwiesen. Ein nur faktische Bebauung genügt dagegen nicht. Die Redlichkeit des Erwerbers ist nach bestimmten Regelbeispielen ausgeschlossen.

Des weiteren ist eine Rückübertragung ausgeschlossen, wenn sie von der Natur der Sache her nicht mehr möglich ist, etwa wegen Widmung der Sache zum Gemeingebrauch.

Ein Petitum der Sowjetunion und der DDR in den Beitrittsverhandlungen war - so sah es jedenfalls die Bundesregierung - der Ausschluß der Rückübertragung von Vermögenswerten, die zwischen 1945 und 1949 auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage enteignet worden sind.

Ferner können Vorschriften des Investitionsvorranggesetzes zum Ausschluß der Rückübertragung führen.

Bei den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen sind über eine Million Anträge eingegangen, mit denen über 2,3 Millionen Ansprüche auf Rückübertragung geltend gemacht werden.

II. Elitenwechsel

1. Rahmenbedingungen

Die Behandlung der alten Eliten ist ein Aspekt der großen Aufgabe gewesen, ein staatssozialistisches System in ein demokratisches System umzubauen. Der von der DDR gewählte Weg über den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland (Art. 23 GG a.F.) anstelle einer gemeinsamen Neuschöpfung einer gesamtdeutschen Verfassung bedingte eine weitestgehende Anpassung an die westdeutschen Verwaltungsstrukturen. Auswirkungen auf die zu lösenden Personalfragen hatten vor allem folgende Rahmenbedingungen:

Der vorgefundene Aufbau der öffentlichen Verwaltung (im engeren Sinn) entsprach nur zum Teil den westdeutschen Mustern,

was eine Neugliederung der Verwaltungen und eine teilweise Umverteilung der Verwaltungsaufgaben und des Verwaltungsvermögens verlangte (Einführung der Länder anstelle der Bezirke, eventuell einer mittleren Verwaltungsebene, Stärkung der Gemeinden und Kreise).

2. Prüfkriterien

Bei der Entscheidung, welche Bediensteten in den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik zu übernehmen sind, kommt es auf die folgenden Aspekte an:

1. Integrität,
2. Effizienz,
3. persönliche Belange der Beschäftigten,
4. gesellschaftliche Übergangsprobleme.

Die Beschäftigten sollten glaubhaft der freiheitlich-demokratischen Grundordnung anhängen (Eignung). Der demokratische Rechtsstaat will sich nicht mit undemokratischen Funktionären schwächen, aber auch vor allem der ostdeutschen Bevölkerung keine Exponenten des DDR-Regimes zumuten. Ein besonderes Augenmerk galt

Verwaltungsbereichen, die das Regime in hervorgehobener Weise stützten (Justiz, Polizei, Staatssicherheitsdienst, Militär, Schule).

Die Beschäftigten sollten die fachlichen Voraussetzungen erfüllen (Befähigung). Das betraf die berufliche Qualifikation in formeller Hinsicht (insbesondere vorgeschriebene Laufbahnvoraussetzungen) wie auch tatsächlich. Verlangt war insoweit beispielsweise Verständnis für die westliche Rechts- und Wirtschaftsordnung, was einen nennenswerten Teil von in der DDR erworbenen Qualifikationen abwertete. Im universitären Bereich sollte der internationale Standard erreicht werden.

Die Auswirkungen einer etwaigen Entlassung auf die psychische und finanzielle Situation galt es im allgemeinen wie im speziellen (ältere Beschäftigte, Mütter, Behinderte) zu beachten.

Zu bedenken war, daß sehr hohe Anforderungen an die Eignung und Befähigung zu einem unerwünschten Stillstand von Verwaltung und Rechtsprechung hätten führen müssen, soweit nicht genug qualifiziertes Personal aus Westdeutschland herangezogen werden und solange nicht genügend Nachwuchs aus Ostdeutschland ausgebildet werden konnte.

3. Überprüfung der politischen Zuverlässigkeit

Die Lösung der Personalfragen verknüpfte der Einigungsvertrag -EV- mit dem Problem des Verwaltungsumbaus.

Für die Richter und Staatsanwälte aus der DDR wurden strengere Kontrollen eingeführt. Sie wurden alle einer Überprüfung durch die Richterwahlausschüsse unterzogen.

Für Polizisten gab es keine besondere Regelung, im Unterschied zum Militär. Die Wehrpflichtigen wurden übernommen. Die Zeit- und Berufssoldaten kamen in die Warteschleife, es sei denn, der Fortbestand ihrer Diensteinrichtungen wurde angeordnet. Dann war die Entlassung nach Einzelfallprüfung möglich.

Nach den Feststellungen der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" haben sich die immer wieder zu vernehmenden Befürchtungen, daß die alten Seilschaften fortbeständen, für die Landesverwaltungen im wesentlichen nicht bestätigt. Ungünstiger wird die Situation bei der Polizei, in den Kommunalverwaltungen sowie bei den in die Marktwirtschaft entlassenen Wirtschaftsbetrieben eingeschätzt (BTDrucks 13/11000, S. 39~41)

4. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

Das Bundesverfassungsgericht mußte nur geringe Korrekturen vornehmen.

BVerfGE 84, 133: Die Einführung der Warteschleife ist verfassungsgemäß, allerdings müssen der Mutterschutz und ähnliche schutzwürdige Belange bei Weiterbeschäftigung beachtet werden.

BVerfGE 85, 360 und 86, 81: Entsprechende Entscheidungen für die Wissenschaftseinrichtungen.

BVerfGE 92, 140: Zur Verfassungsgemäßheit des Grundes mangelnder Eignung für eine ordentliche Kündigung sowie zur Auslegung der Norm.

BVerfGE 96, 152: Keine pauschale Verneinung der Eignung bei einem Lehrer, der Schulpartei sekretär war.

BVerfGE 96, 171: Verfassungsgemäßheit der Pflicht zur Selbstbeichtigung auf Nachfrage, allerdings sollen Stasi-Tätigkeiten etc. vor 1970 grundsätzlich unerheblich sein.

BVerfGE 96, 189: Besonders herausgehobene Stellung eines früheren Stasi-Informanten kann Weiterbeschäftigung unzumutbar machen (Universitätsrektor).

BVerfGE 96, 205: Entlassung eines unzureichend wissenschaftlich ausgewiesenen Hochschulhistorikers ist verfassungsgemäß.

5. Wortlaut der Kündigungsbestimmungen aus Anlage I Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 Absätze 4 (Auszug) und 5:

(4) Die ordentliche Kündigung eines Arbeitsverhältnisses in der öffentlichen Verwaltung ist auch zulässig, wenn

1. der Arbeitnehmer wegen mangelnder fachlicher Qualifikation oder persönlicher Eignung den Anforderungen nicht entspricht oder
2. der Arbeitnehmer wegen mangelnden Bedarfs nicht mehr verwendbar ist oder
3. die bisherige Beschäftigungsstelle ersatzlos aufgelöst wird oder bei Verschmelzung oder wesentlicher Änderung des Aufbaues

der Beschäftigungsstelle die bisherige oder eine anderweitige Verwendung nicht mehr möglich ist.

(5) Ein wichtiger Grund für eine außerordentliche Kündigung ist insbesondere dann gegeben, wenn der Arbeitnehmer

1. gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat, insbesondere die im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 gewährleisteten Menschenrechte oder die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 enthaltenen Grundsätze verletzt hat oder
2. für das frühere Ministerium für Staatssicherheit/Amt für nationale Sicherheit tätig war

und deshalb ein Festhalten am Arbeitsverhältnis unzumutbar erscheint.

6. Kriterien für die Prüfung von Richtern und Staatsanwälten am Beispiel der Vorschriften des Landes Berlin

Kriterienkatalog (in Stichworten)

Für die Entscheidung über die Berufung von Richtern und Staatsanwälten aus dem früheren Ost-Berlin in das Probefienstverhältnis ist grundsätzlich für die persönliche Eignung der Bewerber maßgebend: die fachliche Eignung wird nach der Regelung des Einigungsvertrages zunächst nicht geprüft. Dabei kommt es vor allem darauf an, ob die Bewerber die Gewähr dafür bieten, daß sie ihr Amt im Sinne des Grundgesetzes ausüben werden, und ob sie unter Berücksichtigung ihrer früheren Tätigkeit der Öffentlichkeit als Richter oder Staatsanwälte zugemutet werden können.

I.

Gesichtspunkte, bei deren Vorliegen die Bewerbung im Regelfall - ohne vorheriges Vorstellungsgespräch - abgelehnt werden sollte:

1. Über die üblichen Dienstpflichten hinausgehende Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit;
2. Schwerpunktmäßige Tätigkeit im Bereich des politischen Strafrechts;

3. Bekleidung einer herausgehobenen Funktion in der Justiz und zwar

- Mitglied des Obersten Gerichtes der DDR
- Generalstaatsanwalt oder Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der DDR.
- Direktor des Stadtgerichts von Ost-Berlin oder eines Bezirksgerichts oder eines Stadtbezirksgerichts von Ost-Berlin oder eines größeren Kreisgerichts sowie deren Stellvertreter.
- Oberrichter am Stadtgericht von Ost-Berlin oder an einem Bezirksgericht oder beim Generalstaatsanwalt von Ost-Berlin oder beim Ministerium der Justiz.

4. Mitgliedschaft in einem Leitungsgremium der SED von der Kreisleitung aufwärts oder Tätigkeit in höheren Funktionen anderer politischer Organisationen der Nationalen Front.

Von der vorstehenden Regel kann im Einzelfall zugunsten des Bewerbers abgesehen werden, wenn insbesondere eine o.g. Tätigkeit nachweislich nur kurzfristig oder vereinzelt ausgeübt wurde.

II.

Gesichtspunkte, die allein oder zusammen mit anderen in Verbindung mit dem Ergebnis eines Vorstellungsgesprächs Grund für die Ablehnung der Bewerbung sein können, sind insbesondere:

1. Mißachtung von Mindestanforderungen eines rechtsstaatlichen Verfahrens;
2. Außergewöhnliche, mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbare Maßnahmen und Sanktionen z. B.
 - außergewöhnlich hohe Strafen,
 - außergewöhnliche Anordnung von U-Haft;
3. Verweigerung des Rechtsschutzes oder mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbare Maßnahmen in Fällen, in denen die Rechtssuchenden Ausreisearträge gestellt haben (etwa Verweigerung des Kündigungsschutzes in Arbeitsstreitverfahren, Entzug des Erziehungsrechts, Zwangsadoptionen);
4. Mitwirkung an Verfahren des politischen Strafrechts;
5. Mitgliedschaft in der Leitung einer größeren Grundorganisation der SED; Sekretär einer Grundorganisation der SED;
6. Zugehörigkeit zum Wachregiment "Feliks Dzierzynski" des Ministeriums für Staatssicherheit.

Auf ein Vorstellungsgespräch kann im Einzelfall verzichtet werden, wenn die genannten Gesichtspunkte nach Dauer oder Intensität erhebliches Gewicht haben.

Bei der Beurteilung der Eignung kann zugunsten der Bewerber berücksichtigt werden, wenn insbesondere eine o. g. Tätigkeit nachweislich nur kurzfristig oder vereinzelt ausgeübt wurde. Dasselbe gilt, wenn sich Bewerber in den Fällen der Nummern 4 bis 6 nachweislich bemüht haben, das SED-Regime zu liberalisieren oder zur Abmilderung seiner Härten beizutragen.

III.

Allgemeiner Prüfungsmaßstab:

Soweit Bewerber nicht aus den unter I. und II. genannten Gründen abgelehnt werden, erfolgt ihre Übernahme in das Probendienstverhältnis, wenn sie nach dem Gesamteindruck die persönliche Eignung für das Amt des Richters oder Staatsanwaltes besitzen. Sie müssen insbesondere erwarten lassen, daß sie das angestrebte Amt in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung führen werden; außerdem darf der erfolgreiche Abschluß der Probezeit nicht mit großer Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen sein.

III. Regierungskriminalität

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß die strafrechtliche Ahndung des Mißbrauchs staatlicher Gewalt (Todesschüsse an der Berliner Mauer) nicht gegen das Rückwirkungsgebot aus Art. 103 Abs, 2 GG verstößt.

Das **Rückwirkungsverbot** ist absolut und erfüllt seine rechtsstaatliche und grundrechtliche Gewährleistungsfunktion durch eine strikte Formalisierung.

Artikel 103 Abs. 2 GG läßt eine Bestrafung nur zu, wenn die Tat im Zeitpunkt ihrer Begehung mit hinreichender Bestimmtheit in einem gesetzlichen Tatbestand mit Strafe bedroht ist. Die Vorschrift schützt darüber hinaus vor der Verhängung einer höheren als der zur Tatzeit gesetzlich angedrohten Strafe. Für den Bürger begründet das verfassungsrechtlich garantierte Rückwirkungsverbot das Vertrauen darauf, daß der Staat nur ein solches Verhalten als strafbare Handlung verfolgt, für das der Gesetzgeber die Strafbarkeit und die Höhe der Strafe im Zeitpunkt der Tat gesetzlich bestimmt hat. Der Bürger kann danach sein Verhalten eigenverantwortlich so einrichten, daß er eine Strafbarkeit vermeidet.

Artikel 103 Abs. 2 GG verbietet es auch, die Bewertung des Unrechtsgehalts der Tat nachträglich am Nachteil des Täters zu ändern. Deshalb ist ein bei Tatbegehung gesetzlich geregelter Rechtfertigungsgrund weiter anzuwenden, auch wenn dieser im Zeitpunkt des Strafverfahrens entfallen ist.

Allerdings hat **Artikel 103 Abs. 2 GG** als Regelfall im Blick, daß die Tat im Anwendungsbereich des vom **GG** geprägten materiellen Strafrechts der Bundesrepublik Deutschland begangen und abgeurteilt wird. In diesem Normalfall bietet das von einem an die Grundrechte gebundenen Gesetzgeber erlassene Strafrecht die Grundlage für den von **Artikel 103 Abs. 2 GG** gewährten absoluten und strikten Vertrauensschutz. Dies gilt nicht mehr uneingeschränkt, wenn als Folge der Wiedervereinigung gesetzlich vorgeschrieben ist, daß für die Beurteilung von Straftaten, die in der ehemaligen DDR begangen worden sind, das Strafrecht der DDR anzuwenden ist. Die besondere Vertrauensgrundlage entfällt, wenn der andere Staat für den Bereich schwersten kriminellen Unrechts die Strafbarkeit durch Rechtfertigungsgründe ausschließt, indem er über geschriebene Normen hinaus zu solchem Unrecht auffordert, es begünstigt und so die in der Völkerrechtsgemeinschaft allgemein anerkannten Menschenrechte in schwerwiegender Weise mißachtet. Der strikte Schutz von

Vertrauen durch **Artikel 103 Abs. 2 GG** muß dann zurücktreten. Dem Bürger eines ehemals anderen Staates, der jetzt der Strafgewalt der Bundesrepublik unterliegt, wird die Berufung auf einen solchen Rechtfertigungsgrund verwehrt; im übrigen bleibt das Vertrauen darauf gewährleistet, nach dem Gesetz bestraft zu werden, das für ihn im Zeitpunkt der Tat galt.

IV. Unvorbereitet vor neuen Aufgaben?

Wir sehen, daß auch ein gesteuerter sozialer Wandel nicht frei von Verwerfungen ist. Heute würden wir die eine oder andere Frage einfach deshalb anders oder doch differenzierter als im Jahre 1990 regeln, weil wir inzwischen über ein gediegeneres Wissen verfügen als zur Zeit der Turbulenzen des Jahres 1990. Es fehlte seinerzeit an *situationsgerechten Wirklichkeitsbildern*. Sachentsprechende Lösungen, so belehrt uns die Politikwissenschaft, setzen vor allem verlässliche Information voraus. Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme ist selbst von Experten nicht vorausgesehen worden. Die Politik sah sich unvorbereitet vor neuartigen Aufgaben. Sie stand über dies angesichts der welt- und innenpolitischen Lage unter einem raschen Entscheidungszwang. Die einzige Konstante im Jahr 1990 war die Zeit für eine umfassende

Problemanalyse. Die Politik sah sich zu prompten Maßnahmen gedrängt, ohne die Chance, deren Voraussetzungen und Folgen analytisch ausloten zu können¹⁾.

In dieser Situation ist die Politik mehr oder minder unbewußt nach der Devise von "Versuch und Irrtum" verfahren. Sie hat mit den herkömmlichen Instrumenten und Konzepten auf gänzlich neuartige Sachverhalte reagiert. Das gilt nicht nur für den Bereich der Wirtschaft und das seinerzeit ungebrochene Vertrauen auf marktwirtschaftliche Mechanismen. Das gilt auch für den Bereich der Rechtspolitik. Hier ist die alte rechtssoziologische Einsicht vernachlässigt worden, daß ich etwas von dem in einer Gesellschaft gelebten Recht begriffen haben muß, wenn ich neue Regeln einführen will.

Offensichtlich hat es an sozialer Phantasie und Kompetenz gefehlt, die - so belehrt und die Politikwissenschaft - in Situationen des Umbruchs von größerer Wichtigkeit ist als das Fachwissen. Hinzukommt, daß unter großem Problemdruck die Bereitschaft gelähmt zu sein scheint, kreativ zu sein. Die politischen Akteure ziehen sich auf die altvertrauten Handlungs-

1) Roland Szada, Schleichweg in die "Dritte Republik", in: Politische Vierteljahresschrift 1994, S. 245 ff., 261.

und Denkweisen zurück, wenn sie von einer Situation überfordert werden²⁾. Kein Wunder, daß nicht nur die betroffene Bevölkerung, sondern auch die Politiker von den Folgen ihrer Maßnahmen mitunter enttäuscht worden sind.

In den ersten vier Jahren nach der Vereinigung sind wiederholt frühere Fehleinschätzungen und Versäumnisse korrigiert worden. Die mehrfach geänderten Gesetze im Bereich der offenen Vermögensfragen belegen nicht nur die Herrschaft des Prinzips von Versuch und Irrtum, sondern ergänzen dieses um den dritten Akt: die Reparatur. Am Beispiel des Investitionsvorranggesetzes läßt sich ein Lernschritt verdeutlichen, nämlich der, daß es bei dem Streit um da Eigentum nicht nur um einen Konflikt zwischen Privatpersonen, sondern vor allem um den Aufbau Ost geht.

2) So Roland Szada, ebenda.

법적 관점에서 본 독일 통일

Prof. Dr. Jutta Limbach
(독일연방헌법재판소 소장)

- 차례 -

I. 동독에서의 재(再)민영화	25
1. 서문	25
2. 미확정 재산권 문제에 관한 규정	26
II. 엘리트의 교체	28
1. 기본 조건	28
2. 심사 기준	29
3. 정치적 신뢰성 심사	30
4. 연방헌법재판소의 판례	31
5. 부록 I <제 XIX장 전문영역 A 제 III단락 No. 1, 4항(발 취) 및 5항의 해고규정의 원문>	32
6. 베를린주 규정을 예로 들어 본 판검사 심사 기준	34
III. 정부 관련 범죄	37
IV. 새로운 과제를 수행할 준비가 되어있지 않았다?	39

빈 면

I. 동독에서의 재(再)민영화

1. 서문

동서독 양국간의 사법(私法)의 체계는 근본적으로 상이하였다. 동독의 경우에는 사회주의식 재산권(특히 국가재산의 형태였음) 개념이 근간이 되었으며, 사유재산은 부차적인 의미밖에 갖지 못하였다. 토지의 국유화와 함께 동독의 민법전에 따라 국민의 물권적 이용권은 국가가 임대하거나 할당 배분하는 형태로 행사되었다. 그 밖에도 - 시간이 지나면서 알게 되었지만 - 법적 상황(Rechtslage)과 법적 현실(Rechtswirklichkeit) 사이에는 부분적으로 상당한 차이가 있었다. 예를 들면 단지 사실적인 이용관계(faktische Nutzungsverhältnisse)만이 있는 경우도 무수히 많았다.

통일 과정이 진행되면서 처음에는 동서독 양국 간의 사법체계를 일정 과도기 동안 그대로 존속시키다가 서서히 통합하는 방안을 고려하였다. 하지만 독일통일조약에 대한 협상 중에 이러한 점진적 통합은 현실적으로 불가능하다는 것을 인식하게 되었다. 따라서 새로 독일 연방주로 편입되는 지역에서도 독일연방공화국의 민법전이 유효하다는 합의를 도출하였다. 민법개정법률에는 수많은 경과규정들이 도입되었다. 법체계를 통합하고 동독에 재산권을 변형시키는 과정에서는 통일 초기에는 상상조차 하지 못했던 많은 어려움이 발생하였고 통일 직후 수 년이 지나서야 그 실체를 확실히 파악할 수 있었다.

2. 미확정 재산권 문제에 관한 규정

동독 지역에서는 소련 점령 당시와 독일민주공화국 건립 이후에 사유재산의 국유화 작업이 대대적으로 이루어졌다. 이 과정에서 수많은 수용이 미미한 보상 아래서 또는 보상 없이 이루어 졌다. 통일 독일의 입법기관은 당시 행해졌던 다수의 수용조처에 수정을 가해야 한다는 입장이었다. 이를 위해서는 두 가지 방법이 거론되었다. 즉 국유화된 재산을 도로 반환하거나 아니면 기존 상태를 기본적으로 고수하되, 소위 말하는 '불법적인 분배'로 인한 손해를 입은 사람들에게 보상을 해주는 방법이었다. 이 두 가지 대안을 놓고 결정을 내리는 일이야말로 독일 통일 문제에 있어서 가장 난해하고도 논란이 많았던 사안 중에 하나였다. 1990년 6월 15일자로 발표된 동서독 양국 정부의 공동 성명에서 양국은 '보상 이전에 반환'이라는 기본원칙에 일찍이 합의했었다. 1990년 9월 23일 동독 인민회의는 미확정 재산권 규율법(VermG)을 공포하였고 이 법은 연방법으로 편입되었으며 몇 차례 법 개정을 거친 후에 현재도 미확정 재산권 규율법으로서 유효하다.

재산권 규율법에 따르면 다음의 경우에는 원칙적으로 재산을 반환하여야 한다.

- 보상을 전혀 하지 않았거나 규정보다 적은 액수의 보상금을 지불하고 개인의 재산을 수용할 경우
- 경제적인 이유의 불가피한 특정 상황이 발생했던 경우(예: 임대주택을 소유했었으나 동독의 주택 임대료가 낮아서 유지비를 더

이상 부담할 수 없었던 구(舊) 소유자)

- 권력남용, 부정부패, 취득자, 국가 기관 또는 제3자의 공갈 협박
이나 사기(고전적인 예: 출국시 강제 매각) 등으로 인한 부당한
방법에 따른 사유재산 취득시
- 기타 일련의 다른 상황

동독 주민들은 자체 기관과의 합의 하에서, 그리고 그들이 취득한 재산이 영구적으로 유효할 것이라는 믿음을 갖고 재산권 규율법 조건에 해당되는 토지에 대해 부분적으로는 수십년간에 걸쳐 상당한 투자를 했기 때문에 '보상 이전에 반환'이라는 기본원칙은 논란의 여지가 많다. 이런 이유로 구 소유자와 이용자 간의 이해관계 조정이 필수적이었다. 그렇기 때문에 사회적으로 수용 불가능한 경우에는 반환을 하지 않았다. 즉 1945년 5월 8일 이후에 대상물에 대한 소유권 또는 물권적 이용권을 선의로 취득한 경우에, 특히 동독 주민이 국가가 빌려준 이용권에 근거하여 해당 토지에 개인 주택을 짓고 동독 민법전에 의거하여 건물 소유권을 획득한 경우가 이에 해당한다. 이런 경우에 토지 소유자에게는 보상을 해 주었다. 이와 반대로 단지 사실적 (faktisch)인 건물 건립 만으로는 충분치 않았다. 취득자의 선의성은 특정 예에 따라 제외되었다.

그 외에도, 예를 들면 공동 사용을 목적으로 물건을 헌납한 경우와 같이 그 성격상 반환이 불가능할 때에도 반환하지 않았다. 통일 협상에서 소련과 동독은 - 서독정부가 파악하기로는 - 점령권 또는 점령

군 통치권을 근거로 1945년 부터 1949년 사이에 국유화된 재산에 대해서는 반환의 의무를 없애달라는 청원을 하였다.

또한 투자우선권법의 규정도 반환에서 제외될 수 있는 근거가 되었다. 미확정 재산규율 국가기관에는 1백만원 이상의 신청이 몰려들었고, 2백3십만건 이상의 반환청구권이 주장되었다.

II. 엘리트의 교체

1. 기본 조건

구 엘리트를 처리하는 문제는 국가사회주의 체제를 민주체제로 전환하는 대과제를 수행하는 데 있어서 하나의 중요한 측면이었다. 동독은 통일 독일을 위한 공동의 새로운 헌법을 제정하는 방안 대신에 독일연방공화국으로의 편입(구 기본법 제 23조)이라는 방법을 선택하였고, 이는 행정 구조 역시 서독의 그것을 기준으로 정비해야 한다는 것을 의미하였다. 특히 다음과 같은 기본 조건들이 장차 해결해야 할 인사 문제에 영향을 미쳤다:

동독의(좁은 의미의) 공공 행정 조직은 상당 부분에 있어서 서독의 행정 조직과 일치하지 않았기 때문에 행정 조직의 개편, 행정 업무 및 행정 재산의 재분배 등이 필요했다.('베치르크'(Bezirk)라는 행정단위 대신에 연방주(Länder)나 경우에 따라서는 그 중간쯤 되는 행정단

위 도입, ‘게마인데(Gemeinde)’와 ‘크라이스(Kreis)’라는 행정단위 강화 등)

2. 심사 기준

구 동독 공무원 중에서 서독 공공 기관으로 편입될 대상을 선정할 때에는 다음과 같은 관점을 중점적으로 고려하였다.

1. 사상(Integrity)
2. 효율
3. 공무원의 개인적 상황
4. 동독의 서독 체제 편입에 있어서의 사회적인 과도기 문제

자유민주주의적 기본질서를 확실히 추종하는 공무원을 서독의 공공 기관으로 편입해야 했다(적합성). 비민주적인 간부들을 편입함으로써 민주적 법치국가를 약화시킬 수도 없었고, 특히 동독 정권의 핵심인 물들에게 동독 주민을 맡길 수는 없었다. 동독 정권을 지원하는데 매우 중요한 역할을 했던 행정 영역(사법부, 경찰, 국가안보처, 군대, 학교)을 특히 주목하였다.

새로 편입되는 공무원은 전문적인 자질(능력)을 전제조건으로 갖추고 있어야 했다. 이는 형식적인 측면(특히 규정대로의 경력이 전제된

사람을 선정하였음)에서나 실제상으로도 직업적인 자질에 관계된 것이었다. 예를 들면 서방 세계의 법질서와 경제질서에 대한 이해를 요구하였고, 이는 동독에서 취득한 전문적 자질의 상당부분을 평가절하시키는 것이었다. 대학의 경우에는 국제적인 기준에 도달할 것을 요구하였다.

일반적인 경우와 특수한 경우(나이가 많은 공무원, 자녀가 있는 기혼 여성, 장애인)에 있어서 해고가 심리적, 경제적 상황에 미치게 될 영향도 고려하였다.

또한 적합성과 능력 위주로만 사람을 선정하는 경우에, 서독에서 충분히 자질을 갖춘 전문인력이 공급되지 않고 동독 출신 후임자가 충분히 배출되지 않는다면 행정 및 사법 업무의 마비가 올 수도 있다는 점도 함께 고려하였다.

3. 정치적 신뢰성 심사

독일통일조약은 인사문제의 해결을 행정기구 개편 문제와 결합하여 규정하였다.

동독 출신 판검사에 대해서는 엄중한 감독을 하였다. 이들은 모두 판사선별위원회의 심사를 거쳤다.

경찰에 대해서는 특별한 규정이 없었던 반면에, 군(軍)에 관해서는 특정 규정이 적용되었다. 군복무 대상자는 그대로 인수되었다. 단기 복무 군인 및 직업 군인은 대기자 리스트에 등록되었다. 단, 해당 복무 기관이 존속한다는 결정이 내려진 경우는 제외되었다. 그리고 개별적인 심사를 거쳐야만 제대가 가능하였다.

“독일 통일 과정에서 독일 사회주의 통일당(SED) 독재의 결과를 극복하기 위한 특별 연구 위원회”가 확인한 바에 따르면 동독 시절의 권력자들이 여전히 존속한다는 계속된 우려는 지방 행정에 있어서는 대부분 근거가 없는 것이었다. 이 보다는 경찰, 지자체, 시장경제로 내던져진 기업 등의 상황이 좀 더 좋지 않은 것으로 평가되었다(독일의 회 인쇄물 13/11000, pp. 39~41).

4. 연방헌법재판소의 판례

연방헌법재판소는 극히 적은 부분에 대해서 수정을 가했다.

BVerfGE 84, 133: 대기자 리스트는 합헌적이다. 물론 모성보호나 기타 보호가 필요한 유사 사안은 계속 고용시에 고려되어야 한다.

BVerfGE 85, 360 및 86, 81: 학문 연구기관에 대한 합당한 결정.

BVerfGE 92, 140: 정식해고에 있어서나 규범의 해석에 있어서 적합성 부족이란 이유의 합헌성.

BVerfGE 96, 152: 교사, 학교의 당 사무국원의 경우에 일괄적으로 적합성을 부정할 수 없음.

BVerfGE 96, 171: 문의시에 자기비판에 대한 의무의 합헌성. 물론 1970년 이전의 국가 보안처 등의 활동이 원칙적으로 미미한 것이어야 함.

BVerfGE 96, 189: 과거 국가 보안처의 고위 정보 제공자 (대학 총장)의 계속 고용은 불가능할 수 있음.

BVerfGE 96, 205: 학문적 역량이 불충분하게 증명된 대학 역사가의 해고는 합헌적이다.

5. 부록 I

<제 XIX장 전문영역 A 제 III단락 No. 1, 4항(발체) 및 5항의 해고 규정의 원문>

(4) 다음의 경우에 공공 행정 기관에서의 근로 관계를 정규 해고할 수 있다.

1. 전문적 자질이 부족하거나 개인적 성향 때문에 필요한 업무의 요구사항을 이행하지 못하는 경우, 또는
2. 수요가 부족하여 더 이상 해당 공무원을 활용할 수 없는 경우, 또는

3. 지금까지의 부서가 다른 대안 없이 해체되었거나, 합병, 편입 또는 부서의 대대적인 수정이나 개편 등으로 인하여 기존처럼 해당 인력을 활용할 수 없거나, 다른 방법으로도 활용할 수 없는 경우

(5) 다음의 경우에는 비정식 해고의 주요 이유가 성립된다.

1. 근로자가 인간성 또는 법치국가의 원칙에 위배되는 행위를 했을 경우, 특히 1966년 12월 19일자로 공포된 시민권 및 정치권에 관한 국제조약에서 보장한 인권을 침해하였거나 또는 1948년 12월 10일자 국제인권선언에 포함되어 있는 원칙을 위배하였을 경우.
2. 근로자가 과거에 국가 보안처나 국가 안전부를 위해 일한 경력이 있어서 근로 관계를 유지하기가 어렵다고 판단되는 경우.

6. 베를린주 규정을 예로 들어 본 판검사 심사 기준

심사 기준 목록 (항목별로 정리)

구 동베를린 출신 판검사를 시험기간을 두고 임명할 것인가를 결정할 때에 가장 중요한 것은 개별 지원자의 개인적 적합성이다. 통일조약 규정에 의거하여 판검사로서의 전문적 적합성은 심사하지 않는다. 이 때 특히 중요한 것은 지원자가 독일 헌법인 기본법에 따라 직책을 수행할 것이라는 확실한 보증을 하는가, 그리고 지원자의 과거 활동을 고려해 볼 때 판사나 검사로서 공인의 역할을 할 수 있을 것인가 여부이다.

I.

다음과 같은 경우에는 보통 사전 면담 없이 지원을 거부해야 한다.

1. 일상적인 근무 상의 의무를 넘어서는 국가 안보저와의 협력 관계가 있었을 경우
2. 정치적 형법 분야에서 중점적으로 활동한 경우
3. 사법부에서 고위직을 수행한 경우
 - 동독 최고 법원(das Oberste Gericht)소속 판사
 - 검찰총장 또는 동독 검찰 소속 검사
 - 동베를린 지방법원(Stadtgericht) 또는 동베를린 베치르크법원 (Bezirksgericht)이나 슈타트베치르크법원 (Stadtbezirksgericht), 또는 규모가 큰 크라이스법원 (Kreisgericht)의 장 및 부법원장

- 동베를린 지방법원이나 베치르크법원, 동베를린 검찰청이나 법무부의 부장 판사

4. 크라이스 지도부급 이상의 독일 사회주의 통일당의 지도 위원회 위원, 인민전선의 기타 정치 조직에서의 고위 간부로서의 활동한 경우

이상과 같은 활동을 단기간 또는 특정 경우에 한해서 행했다는 것이 입증되는 경우에는 지원자를 위해 상기 규정을 적용시키지 않을 수 있다.

II.

다음과 같은 경우 중의 하나, 또는 여러 항목에 해당되는 경우에는 면접 결과에 따라 지원을 거부할 수 있다.

1. 법치국가에서 행해지는 소송의 최소한의 요구사항을 지키지 않은 경우
2. 비정상적이며 법치국가의 기본원칙에 어긋나는 조처나 제재 조치를 내린 적이 있는 경우. 다음과 같은 경우를 예로 들 수 있다.
 - 비정상적으로 높은 형사처벌을 내린 경우
 - 비정상적으로 구류를 지시한 경우
3. 법의 보호를 구하는 사람이 출국신청을 낸 경우에 법적 보호를 거부하거나 법치국가적 기본원칙에 어긋나는 조치를 내린 경우(노동분쟁 소송에서 고용자의 해고 보호를 거부한 경우, 교육받을 권리를 박탈한 경우, 강제 입양)

4. 정치적 형법 소송에 참여한 경우
5. 독일 사회주의 통일당(SED)의 주요 기본 조직의 지도부에 소속되었던 경우, 독일 사회주의 통일당 기본 조직의 교위 간부
6. 국가안전부의 감시 통치 체제인 “펠릭스 드찌르핀스키” 소속이었던 경우

위의 사항이 적용된 기간이나 강도(強度)로 보아 상당히 비중있는 경우에는 개별 경우에 따라서 면점을 하지 않아도 좋다.

적합성 여부를 평가할 때, 상기 활동을 단기간 또는 특정 경우에 한해서 했었다는 것이 입증되는 경우에는 지원자에 유리한 쪽으로 고려해 볼 수 있다. 4~6항의 경우에 지원자가 독일 사회주의 통일당 정권의 자유화나 강경노선의 유화를 위해 애썼다는 사실이 입증되는 경우에도 역시 지원자에 유리한 쪽으로 고려해 볼 수 있다.

Ⅲ. 일반적 심사 기준

지원자가 I 및 II에서 언급된 이유로 인해 거부되지 않는 한에 있어서, 전체적으로 평가해 볼 때 판사나 검사직을 수행할 개인적 자질이 있다고 판단되면 시험 복무를 위해 이들을 받아들인다. 시험 복무를 하게 되는 판검사는 자유민주주의의 기본 질서를 준수하면서 직무를 수행하여야 한다. 그 밖에도 시험 기간을 성공적으로 마칠 가능성도 충분히 크다고 생각하여야 한다.

Ⅲ. 정부 관련 범죄

연방헌법재판소는 국가 권력의 남용(베를린 장벽에서 있었던 총살)에 대한 형법상의 처벌이 기본법 제 103조 2항의 소급효 원칙에 위반되지 않는다는 결정을 내렸다.

소급효 금지는 절대적인 것이며 엄격한 형식화를 통해서 법치국가적이고 기본권적인 보장기능을 수행한다.

기본법 제103조 2항에서는 어떤 행위에 대해서 그 행위 시점에서 충분한 확정성을 가지고 법적 구성요건상으로 형사처벌이 가해지고 있는 경우에만 그 처벌을 허용하고 있다. 더 나아가서 이 헌법 규정은 행위시점 당시의 법적으로 가해지는 처벌보다 더 높은 형량의 처벌을 하지 못하도록 하고 있다. 헌법상 원칙은 행위시점에서 입법자가 가벌성과 형량을 법적으로 규정해 놓은 행위만을 형사처벌행위로 국가가 소추한다는 믿음을 국민들이 갖도록 한다. 따라서 국민은 형사처벌을 피할 수 있도록 스스로의 책임하에 행동할 수 있다.

기본법 제103조 2항은 행위의 불법내용에 대한 평가를 행위자에게 불리하도록 사후에 수정하는 것을 금지하고 있다. 그렇기 때문에 행위시에 법적으로 규정된 '정당화사유'(Rechtfertigungsgrund)는 정당화사유가 형사 소송의 시점에서는 존재하지 않더라도 계속 적용되어야 한다.

물론 기본법 제103조 2항은 통상적으로 행위가 기본법을 바탕으로

형성된 독일연방공화국의 실체적 형법(materielles Strafrecht)의 적용 범위 내에서 행해지며 형사처벌이 내려진다는 것을 전제로 한다. 이러한 정상적인 경우에 있어서는 기본권에 구속되는 입법기관이 제정한 형법은 기본법 제103조 2항에 의해 보장되는 절대적이고 엄격한 신뢰보호에 대한 근거가 된다. 구 동독에서 행해진 범죄행위의 판단에 있어서는 동독의 형법을 적용해야 한다고 통일 후에 법적으로 규정되어 있다면 위의 사실은 더 이상 무제한적으로 유효하지는 않다. 만약 다른 한 국가가 성문화된 규범을 넘어서 이러한 불법행위를 조장하거나 용이하게 하고, 또 이렇게 함으로써 국제사회에서 일반적으로 인정되는 인권을 심각하게 침해하면서, 중대한 범죄적 불법행위의 영역에 대해 정당화사유에 의해서 가벌성을 배제시킨다면, 특별한 신뢰의 근거는 사라진다. 그렇다면 기본법 제103조 2항에 의한 엄격한 신뢰보호는 철회되어야만 한다. 과거에는 다른 국가의 국민이지만 이제는 독일연방공화국의 형벌권 하에 놓여 있는 국민에게는 이러한 정당화사유를 주장하는 것이 허용되지 않는다. 그러나 행위시점에서 행위자에게 유효한 법에 따라서 처벌을 받게 된다는 신뢰는 보장된다.

IV. 새로운 과제를 수행할 준비가 되어있지 않았다?

우리는 의도적으로 제어된 사회적 변화에도 역시 실수가 없을 수 없다는 사실을 안다. 지금이라면 이런 저런 문제들을 1990년도 당시와는 다른 방법으로 해결했을 것이다. 왜냐하면 그 동안 우리는 엄청난 대변혁을 겪던 1990년과 비교해 볼 때 훨씬 더 많은 것을 알게 되었기 때문이다. 그 당시에는 그 상황에 맞는 실제적인 모습을 그려낼 수가 없었다. 정치학자들은 객관적이고 전문적으로 문제 해결을 하기 위해서는 무엇보다도 믿을만한 정보가 전제되어야 한다고 말한다. 전문가들조차도 국가사회주의 체제가 붕괴하리라고 예상하지 못했다. 정치는 아무런 준비 없이 새로운 형태의 과제를 해결해야 했다. 또한 세계 정치와 국내 정치의 상황으로 인해 신속한 결정을 내리지 않을 수 없었다. 1990년도의 유일한 상수(常數)는 시간이 없다는 것이었다. 포괄적인 문제 분석을 할 시간적 여유가 없었다. 정치가들은 어떤 조치를 취하기 위한 전제조건과 그 결과를 분석적으로 연구할 기회도 갖지 못한채, 신속한 조치들을 내놓을 수 밖에 없었다³⁾.

이러한 상황에서 정치는 어느 정도는 무의식적으로 “시행착오”를 범할 수 밖에 없었다. 기존의 도구와 개념을 갖고 전혀 새로운 상황에 반응했던 것이다. 이는 단지 경제 분야와 그 당시에는 꺾이지 않

3) Roland Szada, “제 3 공화국으로 가는 뒷길”, 1994년 정치 계간지, p. 245 ff., 261

있던 시장경제 메카니즘에 대한 신뢰에만 해당되는 것은 아니다. 법률 정책에 있어서도 마찬가지였다. 법률 정책에 있어서 사람들은 새로운 법률을 도입하려면 그 사회에 존재했던 법률을 먼저 이해해야 한다는 고전적인 법사회학적 견해를 무시하였다.

정치학자들의 주장처럼 대격변의 상황에서는 전문지식보다도 더 중요한 사회적 상상력과 사회적 능력이 분명 결여되어 있었다. 또한 문제의 방대함에 대한 압박감 때문에 창조적이고자 하는 의지가 마비되어 있었다. 정치가들은 어떤 상황이 힘들다고 느끼면 고리타분한 행동방식과 사고방식으로 후퇴하기 마련이다⁴⁾. 국민들뿐만 아니라 정치가들도 자신들이 취한 조치의 결과에 실망했다는 것은 당연한 일이다.

통일 후 4년간은 과거의 잘못된 판단과 농친 부분들을 반복하여 수정하는 작업을 하였다. 미확정 재산 문제에 관하여 수차례 법률을 개정하는 것은 이러한 시행착오를 입증해 주고 있으며 더 나아가서 '수선'이 필요하다는 것을 보여준다. 투자우선법의 예를 보면 분명 우리는 한 가지를 배우게 된다. 소유권을 둘러싼 논쟁은 단순히 개인간의 갈등이 아니라 무엇보다도 동독 재건과 직결된 문제라는 점이다.

4) Ibid.

회의일정

◆ 1998. 8. 4(금)

09:30~10:00 등 록

10:00~10:05 개회사 : Dr. Peter Mayer

(FRIEDRICH EBERT 재단 주한협력사무소 소장)

10:05~12:30 주제발표

- 사회자 : 양영식(민족통일연구원 원장)
- 강연자 : Prof. Jutta Limbach(독일연방헌법재판소 소장)
“법적 관점에서 본 독일 통일”
- 토론자 : 허 영(연세대학교 교수)
황병덕(민족통일연구원 연구위원)
안두순(서울시립대학교 교수)
김영봉(중앙대학교 교수)

12:30~14:00 오 찬

최근 발간자료 안내

■ 연구보고서

96-01	김정일의 당권장악과정 연구	최진욱	저	6,000원
96-02	통일과정에서 매스미디어의 역할	이우영	저	6,000원
96-03	동·서독 인적교류 실태 연구	김학성	저	6,500원
96-04	동서독간 정치통합 연구	황병덕	저	6,000원
96-05	남북한 환경분야 교류·협력 방안 연구: 다자적·양자적 접근	손기웅	저	7,000원
96-06	북한과 주변4국의 군사관계	정영태	저	6,000원
96-07	한·미 안보협력 증진방안 연구	김국신	저	4,000원
96-08	동북아 평화체제 조성방안	여인곤 김영춘 신상진의공저		10,000원
96-09	북한 경제개혁의 최적방향 연구	오승렬	저	6,500원
96-10	통일과정에서 민간단체의 역할	조민	저	5,000원
96-12	한반도 평화체제 구축과정에서의 한국의 안보정책 방향	박영호	저	5,000원

96-13	남북교류협력 활성화를 위한 법제도 개선방안	제성호	저	5,500원
96-14	북한 사회의 계급갈등 연구	서재진	저	7,500원
96-15	통일과정에서의 정당역할 연구	김도태	저	4,500원
96-16	KEDO체제하에서 남북한 협력증진에 관한 연구	전성훈	저	5,000원
96-17	남북한 에너지분야 협력방안 연구	박순성	저	4,000원
96-18	북한이탈 주민의 사회적응에 관한 연구: 실태조사 및 개선방안	박종철 김영운 이우영	공저	7,000원
96-19	북한의 경제정책 변화와 남북경협 활성화 방안	허문영	저	5,500원
96-20	미국의 대북한 경제제재 완화와 남북한 관계	김규륜	저	3,500원
96-21	북한의 노동정책과 노동력 평가	남궁영	저	6,000원
96-22	한-러 안보협력 방안 연구	강원식	저	8,500원
96-23	북한 사회주의체제의 위기수준 평가 및 내구력 전망	김성철 정영태 오승렬외	공저	8,500원
96-24	북한체제의 변화주도세력 연구	이교덕	저	4,500원
96-25	북한의 농업정책과 식량문제 연구	최수영	저	4,000원

96-26	북·미관계 개선과 북한의 대남정책 변화 전망	이헌경	저	6,500원
96-27	한·일 안보협력방안 연구	전동진	저	4,500원
96-28	북한의 유일체제와 정책경쟁	안인해	저	5,500원
96-29	한·중 안보협력방안 연구	최춘흠	저	3,500원
97-01	한반도 통일과정에서 러시아의 역할	강원식	저	5,000원
97-02	북·일수교와 남북한 관계	이교덕	저	3,500원
97-03	경수로인력의 북한체류시 법적 문제	제성호	저	7,000원
97-04	중·북관계 전망: 미·북관계와 관련하여	신상진	저	4,000원
97-05	북한 환경개선 지원 방안: 농업분야 및 에너지효율성 개선 관련	손기웅	저	5,000원
97-06	한반도 통일문제에 대한 주변4국의 입장 분석: 전문가 인식조사 결과	박영호 배정호 신상진 조한범	공저	5,500원
97-07	통일한국의 위상	옥태환 김수암	공저	6,000원
97-08	북한 간부정책의 지속과 변화	김성철	저	4,500원
97-09	중국과 러시아의 경제체제개혁 비교연구	조한범	저	4,500원

97-10	김정일 정권의 안보딜레마와 대미·대남정책 홍용표	저	4,000원
97-11	북한의 지방행정체제: 중앙·지방관계 및 당·정관계를 중심으로 최진욱	저	5,000원
97-12	북한인권문제와 국제협력 김병로	저	6,000원
97-13	국제기구 및 비정부기구의 인도적 지원사례 이금순	저	6,000원
97-14	미국의 대북한 경제정책: 현황과 전망 김규륜	저	3,000원
97-15	통일교육 개선방안 연구 황병덕	저	5,000원
97-16	통일이후 북한지역 국유재산 사유화방안 연구 조민	저	5,000원
97-17	김정일 문예정책의 지속과 변화 이우영	저	4,500원
97-18	북한의 국방계획 결정체제 정영태	저	5,000원
97-19	'90년대 북한체제의 위기와 변화 박형중	저	4,500원
97-20	북한의 제2경제 최수영	저	5,000원
97-21	미·북관계의 변화와 한국의 대북정책 방향 박영호	저	5,500원
97-22	북한 장래에 대한 일본의 시각 김영춘	저	3,000원
97-23	북한의 관광실태와 남북한 관광분야 교류·협력방안 김영운	저	6,000원
97-24	클린턴 2기 미국의 대북정책 이현경	저	4,000원

97-25	북한과 주변 4국 및 남한간 갈등·협력관계, 1984~1997	박종철	저	5,500원
97-26	북한의교정책 결정구조와 과정: 김일성 시대와 김정일 시대의 비교	허문영	저	7,000원
98-01	북한사회의 불평등구조와 정치사회적 합의	김병로 김성철	공저	6,500원
98-04	남북한이산가족 재결합시 문제점과 대책	임순희	저	4,500원
98-05	북한 외자유치 법령의 문제점	계성호	저	6,500원
98-06	미국의 대중·대베트남 관계정상화 과정 비교 북·미관계 개선에 대한 합의	이교덕	저	4,500원
98-07	1998년도 통일문제 국민여론조사결과	최진욱 정영태 홍용표 박형중 허문영	공저	발간예정
98-08	경수로사업과 남북관계 개선방안	홍관희	저	4,000원
98-09	남북한 교차승인 전망과 한국의 외교·안보정책방향	박종철	저	6,000원
98-10	한반도 평화체제 구축에 대한 중국의 입장과 전략	신상진	저	4,000원
98-11	북한 대외무역의 특성과 무역정책 변화전망	임강택	저	7,500원
■ 북한인권백서				
	북한인권백서 1996	옥태환 전현준 계성호외공저		10,000원

<i>White Paper on Human Rights in North Korea</i> 1996	옥태환 전현준 제성호의 공저	10,000원
북한인권백서 1997	김병로 송정호 공저	10,000원
<i>White Paper on Human Rights in North Korea</i> 1997	김병로 송정호 공저	\$11.95
북한인권백서 1998	최의철 송정호 공저	7,000원
<i>White Paper on Human Rights in North Korea</i> 1998	최의철 송정호 공저	\$11.95
■ 연례정세보고서		
96 통일환경과 남북한 관계: 1996~1997		6,000원
97 통일환경과 남북한 관계: 1997~1998		5,000원
■ 학술회의 총서		
96-01 북한정세 변화와 주변4국의 대한반도정책		7,000원
96-02 탈냉전기 한반도의 전쟁과 평화		9,000원
96-03 북한경제제도의 문제점과 개혁 전망		9,000원
96-04 북한의 대외관계 변화와 남북관계 전망		7,500원
96-05 남북한관계 현황 및 '97년 정세 전망		7,000원
96-06 4자회담과 한반도 통일전망		8,500원

97-01 4자회담과 한반도 평화	6,500원
97-02 분단비용과 통일비용	7,500원
97-03 한반도 통일을 향하여: 정책과 국제환경	7,000원
97-04 남북한 사회통합: 비교사회론적 접근	8,500원
97-05 한반도 급변사태와 국제법	4,000원
97-06 북한 경제난의 현황과 전망	7,500원
98-01 남북협력: 새로운 지평을 향하여	9,000원
98-02 대북정경분리정책: 어떻게 실천해 나갈 것인가?	7,500원
98-03 동·서독의 정치통합이 한반도 통일에 주는 시사점	5,500원
98-04 동북아정세 변화와 남북 및 일북 관계 전망	6,500원
98-05 남북한관계와 주변4국의 대한반도정책	5,500원
98-06 법적 관점에서 본 독일 통일	2,500원
■ 통일문화시리즈	
96-01 통일과 북한 사회문화(상)	10,000원
96-02 통일과 북한 사회문화(下)	9,500원
97 바람직한 통일문화	9,500원
■ 논총	
통일연구논총, 제5권 1호 (1996. 6)	10,000원
통일연구논총, 제5권 2호 (1996.12)	10,000원

통일연구논총, 제6권 1호 (1997. 7)	10,000원
통일연구논총, 제6권 2호 (1997.12)	10,000원
통일연구논총, 제7권 1호 (1998. 9)	10,000원
<i>The Korean Journal of National Unification</i> , Vol. 5 (1996)	6,500원
<i>The Korean Journal of National Unification</i> , Vol. 6 (1997)	9,000원

■ **Translation Series**

- 97-01 NORTH KOREA IN CRISIS: An Assessment of Regime Sustainability 7,000원
- 97-02 The Making of a Unified Korea: Policies, Positions, and Proposals 6,500원

민족통일연구원 定期會員 가입 안내

민족통일연구원은 통일문제가 보다 현실적인 과제로 대두되고 있는 시점에서 그동안 제한적으로 유관기관과 전문가들에게만 배포해오던 각종 연구결과물들을 보다 폭 넓게 개방하여 전국의 대형서점에서 개별구입하거나 본원의 定期會員에 가입하여 구독할 수 있도록 하였습니다.

본원의 간행물 분량이 많아 일일이 서점에서 구입하기에는 번거로움이 있을 것이라는 점을 고려하여 定期會員制를 운영하게 되었습니다. 정기회원에게는 본원의 모든 간행물(연구보고서, 국문 및 영문 저널, 학술회의 총서, 판매되지 않는 수시 「정세분석보고서」 등)을 직접 우편으로 우송해드리는 것은 물론 학술회의 초청 등 회원의 권리를 부여하오니 많은 이용을 바랍니다.

1. 정기회원의 구분

- 1) 일반회원: 학계나 사회기관에서의 연구종사자
- 2) 학생회원: 대학 및 대학원생
- 3) 기관회원: 학술 및 연구단체 또는 도서관 등의 자료실

2. 회원가입 및 재가입

- 1) 가입방법: 회원가입신청서를 기재하여 회비를 납부하신 入金證과 함께 본 연구원으로 Fax 또는 우편으로 보내주시십시오. 정기회원 자격이 취득됩니다.
- 2) 연 회 비: 회원자격은 가입한 날로부터 1년간입니다.
일반회원 및 기관회원 10만원, 학생회원 7만원
- 3) 납부방법: 신한은행 온라인 310-05-006298(예금주:민족통일연구원)
- 4) 재 가 입: 회원자격 유효기간 만료 1개월전 회비를 재납부하면 됩니다.(재가입 안내장 발송).

3. 정기회원의 혜택

- 1) 본 연구원이 주최하는 국제 및 국내학술회의 등 각종 연구행사에 초청됩니다.
- 2) 본 연구원이 발행하는 정기간행물 「통일연구논총」과 The Korean Journal of Unification Studies를 포함하여 그 해에 발행되는 단행본 연구보고서(년평균 25-30권), 학술회의 총서(년평균 5-6권), 정세분석보고서(년평균 10-15권) 등의 간행물이 무료 우송됩니다.
- 3) 본 연구원에 소장된 도서 및 자료의 열람, 복사이용이 가능합니다.
- 4) 시중서점에서 판매되고 있는 본 연구원의 지난자료를 50% 할인된 가격에 구입 할 수 있습니다.

4. 회원가입 신청서 제출 및 문의처

서울시 강북구 수유6동 535-353 (우편번호:142-076)
민족통일연구원 정보자료실 (전화:901-2559, FAX:901-2547)

